

#ROYALBLUELIGHTPARTY

# Mannheimer Einsatzkräfte feiern mit Blaulicht, Drinks und Martinshorn

Lisa Wazulin (Mannheimer Morgen)

Der Innenminister kommt mit Blaulicht und Personenschützern zur Party nach Mannheim in den Blue Tower. Zur Begrüßung des hohen Besuchs lassen die Einsatzkräfte sogar kurz Martinshorn und Blaulicht am geparkten Einsatzwagen vor dem Eingang aufheulen – schließlich passiert es nicht alle Tage, dass Thomas Strobl (CDU), Innenminister und stellvertretender Ministerpräsident von Baden-Württemberg, sich als Partygast in Mannheim unter die Feiern mischt.

rade ein außergewöhnlicher Einsatz, der Chemieunfall im Mannheimer Hafen vor einer Woche, hinter den Partygästen liegt, weiß auch der Innenminister: „Das war ein sehr gefährlicher und schwieriger Einsatz, bei dem auch 17 Polizisten verletzt wurden. Aber auch in den vergangenen zwei Jahren während der Pandemie sind die Rettungsdienste, Polizei und Katastrophenschutz stark gefordert und belastet gewesen.“

Die Idee, deshalb die Arbeit der Blaulichtfamilie mit einer Party zu würdigen und das

ist. Mit der Jungen Gruppe der Gewerkschaft der Polizei hat Mohr die Feier für die Blaulichtfamilie organisiert. Die Idee: Einfach einmal „Danke“ sagen für den unermüdlichen Einsatz während der Pandemie – und darüber hinaus. „Während der Pandemie hat das Teamgefühl durch die Schutz- und Abstandsmaßnahmen gelitten. Deshalb wollten wir alle wieder mit einer Party näher zusammenbringen. Wenn man sich gut kennt, funktioniert man als Team besser“, erklärt Mitorganisator und Polizeischüler Jo-



Besonderer Partygast: Innenminister Thomas Strobl (2. v. l.) mit Jonas Witzgall (l.), Thomas Mohr und Bürgermeister Michael Grötsch (r.)

Das Besondere: Diejenigen, die an diesem Samstagabend hier ausgelassen tanzen, sind tagsüber und nachts als Rettungssanitäter, Polizist, Feuerwehrmann oder Katastrophenschützer im Dienst. Dass ge-

gemeinsame Miteinander jenseits von Einsatzorten in zwangloser Atmosphäre zu stärken, fand der Innenminister so gut, dass er spontan der Einladung vom Mannheimer Polizeigewerkschafter Thomas Mohr gefolgt



Giuseppe Riggio (r.), bekannt aus DSDS, war einer der ersten Künstler, der auf Anfrage des Landesjugendvorsitzenden Jonas Witzgall (l.) sofort seine Teilnahme zusagte.



Fotos: (31) GdP/BW

Sänger Rolf Stahlhofen von den Söhnen Mannheims singt bei der Blaulichtparty im Blue Tower für einen guten Zweck.

nas Witzgall. Der Erlös soll an das Kinderhospiz Sterntaler gehen. Aber nicht nur das: Die Lebensretter wollen dabei die kleinen Patienten für einen halben Tag mit Feuerwehr- und Polizeiauto, Rettungswagen und Katastropheneinsatzfahrzeug besuchen.

Musikalisch und ehrenamtlich unterstützt werden die Polizeigewerkschafter von Sänger Rolf Stahlhofen (Söhne Mannheims) sowie Giuseppe Riggio, bekannt aus der TV-Show „Deutschland sucht den Superstar“ (DSDS). „Einige Freunde von mir sind Polizisten. Ich weiß, was die schaffen. Wer hart arbeitet, muss auch mal hart feiern“, so Stahlhofen, der an diesem Abend mit Songs wie „Meine Stadt“ für Stimmung sorgt.

DSDS-Sänger Riggio animiert die Menge ebenfalls zum Mitsingen und findet: „Die haben während Corona viel geleistet. Dafür zu danken ist eine gute Tat – einen guten Zweck unterstütze ich gerne.“

**„Es ist schön, sich in einer anderen Atmosphäre zu treffen“**

Und die professionellen Retter und Freiwilligen selbst? Was halten sie von der Party – und vom Besuch des Innenministers? „Es ist schön, sich in einer anderen Atmo-

sphäre zu treffen. Wir arbeiten ja fast alle im Schichtdienst, da ist es schwierig, sich zu verabreden“, sagt ein 26-jähriger Polizist. Dass Strobl, also sein oberster Chef, tatsächlich gekommen ist, überrascht den Streifenpolizisten: „Man hat ja sonst kaum etwas mit ihm zu tun. Dass er hier ist, ist schon eine schöne Wertschätzung.“ Tatsächlich scheint der Innenminister seine Ankündigung, etwa das Rettungsdienstgesetz weiter verbessern zu wollen und dafür Anregungen von denjenigen zu sammeln,

die täglich im Einsatz sind, umzusetzen: Obwohl Strobl direkt vom CDU-Bundesparteitag angereist ist, lässt sich der Politiker in Gespräche verwickeln, statt schnell zu verschwinden.

Dass diese Feier für die Lebensretter etwas besonders ist, bestätigt auch Pascal Dieffenbach. „Wir schätzen das sehr, dass wir nicht vergessen werden, und sind stolz darauf, etwas zurückzubekommen“, sagt der Feuerwehrmann. Katastrophenschützer Thomas Katzenmeier vom Technischen Hilfswerk (THW) freut sich über den Abend mit seinen Kollegen. Das zwanglose Feiern für einen wohltätigen Zweck kommt gut an. Zwar steckt einigen noch der tagelange Einsatz am Hafen in den Knochen. Während bei der Feuerwehr dafür sogar über den Dienstfreien Alarm alle denkbaren Kräfte inklusive Ehrenamtler angefordert wurden, hatte die Polizei großräumig abgesperrt und war der THW nachts für die Beleuchtung der Unglücksstelle und die Verpflegung der Feuerwehren zuständig.

Trotzdem sind sich die meisten einig: Zwar kommt so ein Chemieunfall in Mannheim selten vor. Die Zusammenarbeit untereinander aber hat gut geklappt. Allein die Ungewissheit, was da in dem Container vor sich geht, habe ein mulmiges Gefühl ausgelöst. „Aber die Gefahr gehört zu unserem Berufsrisiko“, fasst es ein Feuerwehrmann beim Anstoßen zusammen. Am Tag danach ist auch Polizeischüler Witzgall wieder im Dienst. Sein Fazit: „Dass die Politiker da waren, ist ein großes Stück Anerkennung. Durch die Party sind wir alle ein Stück weiter zusammengedrückt.“ ■



Vielen Dank für die Unterstützung



## 27. BUNDESKONGRESS

# Jochen Kopelke ist neuer GdP-Bundeschef

254 Delegierte aus dem ganzen Bundesgebiet, davon 13 Delegierte aus Baden-Württemberg, kamen am 12. September 2022 nach Berlin, wo sie beim dreitägigen 27. Ordentlichen Bundeskongress der Gewerkschaft der Polizei (GdP) die gewerkschaftspolitischen Weichen der kommenden vier Jahre stellten. Zudem wurden wichtige Funktionen im Geschäftsführenden GdP-Bundesvorstand, darunter das Amt des Bundesvorsitzenden, neu besetzt.

Zusammengestellt von **Thomas Mohr**

Der 38-jährige Polizeioberrat Jochen Kopelke wurde mit überwiegender Mehrheit zum neuen GdP-Bundeschef gewählt. Der Bremer ist bislang der jüngste Vorsitzende in der 72-jährigen Geschichte der Gewerkschaft der Polizei, die mit ihren rund 200.000 Mitgliedern mit Abstand die größte Arbeitnehmervertretung der Polizeibeschäftigten ist.



Der vorherige GdP-Chef Oliver Malchow (r.) hatte nach neun Jahren im Amt nicht erneut kandidiert und übergab das „GdP-Steuerrod“ an seinen Nachfolger Jochen Kopelke (l.).

Vertreten wird der neue GdP-Chef von einem vierköpfigen Stellvertreterteam. Als stellvertretende Bundesvorsitzende bestätigt wurden der Nordrhein-Westfale Michael Mertens sowie René Klemmer aus Rheinland-Pfalz. Beide treten ihre zweite Amtszeit an. Neu zum GdP-Vize gewählt wurde der 33-jährige Brandenburger Kriminalbeamte Alexander Poitz. Neuer stellvertretender GdP-Bundeschef ist ebenso der 58-jährige Bundespolizist Sven Hüber.

GdP-Bundeskassierer bleibt der Bayer Clemens Murr, der seine zweite Amtszeit bestreiten wird. Der Sachse Hagen Husgen bleibt als Bundesschriftführer ebenso im Amt. Auch die 41-jährige Hessin Katrin Kuhl erhielt erneut das Vertrauen der Delegierten. Sie amtiert als weiteres Mitglied

im Geschäftsführenden GdP-Bundesvorstand. Auch die Berliner Polizeibeamtin Sibylle Krause (48) zieht als weiteres Mitglied in den GdP-GBV ein.

Unter dem Kongressmotto „Für uns. Für morgen“ erörterten und verabschiedeten die Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter 307 Anträge. Neben polizeifachlichen Themen wurden ebenso beamten-, versorgungs- und tarifrechtliche Fragestellungen wie gesellschafts- und sozialpolitische Themen behandelt.

Als erster prominenter Gast sprach am ersten Kongressstag Bundesinnenministerin Nancy Faeser.

In einem Grußwort an den 27. Ordentlichen Bundeskongress der Gewerkschaft der Polizei lobte Bundesinnenministerin Nancy



Fotos: (3): GdP

Die ersten Gratulanten der Delegation aus Baden-Württemberg (v. l.): Thomas Mohr, stellv. Landesvorsitzender, Jonas Witzgall, Landesjugendvorsitzender, Jochen Kopelke, Bundesvorsitzender, und Gundram Lottmann, Landesvorsitzender

Faeser das hohe Berufsethos der Polizistinnen und Polizisten hierzulande. Die Arbeit der Polizei sei in den vergangenen Jahren nicht leichter geworden, „ganz im Gegen-

teil“, sagte Faeser in ihrer Rede am Montag in Berlin. An die Delegierten gerichtet fuhr sie fort: „Sie machen Ihren Job aus einer tiefen Überzeugung. Es ist jedoch kein Job, es ist eine Berufung.“ Insbesondere während der Pandemie hätten die Kolleginnen und Kollegen zwei Jahre lang den Kopf für die Entscheidungen der Politik hingehalten. Für diesen Einsatz sprach die Ministerin der Polizei ihren Respekt aus.

Beim Festakt, beim dem hochkarätige Prominenz der Einladung folgten, wurde der GdP-Bundeskongress am 14. September 2022 beendet. Die Festrede hielt Bundeskanzler Olaf Scholz, wie auch Grußworte von Joachim Herrmann, Bayerischer Staatsminister des Innern und Vorsitzender der Innenministerkonferenz (IMK), und Berlins Regierende Bürgermeisterin Franziska Giffey.

Die Teilnehmer reisten wieder in ihre Heimatorte in ganz Deutschland zurück und bis zum 28. Ordentlichen Bundeskongress werden viele von ihnen sich 2026 wieder zusammenfinden, um die Weichen für die weitere Zukunft innerhalb der GdP zu stellen. ■

## LANDESANTIDISKRIMINIERUNGSGESETZ

# Interview zum Landesaktionsplan mit Grünen-Politiker Oliver Hildenbrand

## Gundram Lottmann

**DP:** Bereits in der Präambel zum Koalitionsvertrag haben Sie ausgeführt „Mit einem eigenständigen Antidiskriminierungsgesetz und dem Landesaktionsplan stärken wir das gleichberechtigte Miteinander im Land.“ und damit eine klare Zielsetzung mit Ihrem Koalitionspartner festgelegt. Was sind aus Ihrer

**Sicht die Gründe, die ein Landesantidiskriminierungsgesetz (LADG) notwendig machen?**

**Hildenbrand:** Das Landesantidiskriminierungsgesetz und der Landesaktionsplan gegen Rassismus und Diskriminierung sind zwei zentrale gesellschaftspolitische Vorhaben aus dem grün-schwarzen Koalitions-

vertrag. Es geht um ein respektvolles Miteinander und ein chancengleiches Zusammenleben. Mit dem LADG schließen wir eine Lücke im Schutz vor Diskriminierung: Denn das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz des Bundes bezieht sich nur auf das Arbeits- und Zivilrecht, schützt also vor Benachteiligung am Arbeitsplatz, im Fitnessstudio oder beim Frisör. Diesen Schutz wollen wir mit



Foto: Oliver Hildenbrand

Oliver Hildenbrand ist seit März 2021 Abgeordneter des baden-württembergischen Landtags und stellvertretender Fraktionsvorsitzender der Landtagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen.

dem LADG auf staatliche Stellen ausweiten. Denn das Recht auf Gleichbehandlung gilt selbstverständlich auch beim Finanzamt, in der Ausländerbehörde oder auf dem Polizeirevier.

**DP: Ein Landesantidiskriminierungsgesetz nach Berliner Vorbild (mit Beweislastumkehr) konnten die Polizeigewerkschaften nach massivem öffentlichen Protest abwehren. Trotzdem soll in den nächsten fünf Jahren ein solches Gesetz in Baden-Württemberg umgesetzt werden. Was der Landesaktionsplan gegen Rassismus und Diskriminierung gegenüber dem Bundesaktionsplan gegen Rassismus und Diskriminierung beinhalten soll, bleibt abzuwarten. Wieso sind die bislang vorhandenen Regelungen nicht ausreichend und wo sehen Sie konkret die Vorteile eines Landesantidiskriminierungsgesetzes?**

**Hildenbrand:** Mit dem Landesantidiskriminierungsgesetz und dem Landesaktionsplan gegen Rassismus und Diskriminierung sorgen wir für mehr gesellschaftlichen Zusammenhalt: Wir stärken eine Kultur des

respektvollen Miteinanders, wir fördern einen wertschätzenden Umgang mit Vielfalt und wir festigen das Vertrauen zwischen Bürger\*innen und staatlichen Stellen. Wir werden ein Gesetz erarbeiten, das zu Baden-Württemberg passt. Ein Blick nach Berlin ist aber durchaus hilfreich, um die Diskussion zu versachlichen. Denn mehr als zwei Jahre nach Inkrafttreten des Berliner Antidiskriminierungsgesetzes steht fest: Die Befürchtungen waren zwar groß, aber grundlos. Thilo Cablitz, der Pressesprecher der Berliner Polizei, hat festgestellt, dass das Gesetz die Polizeiarbeit in keiner Weise behindert. Und auch der Berliner GdP-Chef Benjamin Jendro hat eingeräumt, dass es anders gekommen ist, als manche Polizist\*innen es befürchtet hatten.

**DP: Mutmaßliche diskriminierende Handlungen von Polizistinnen und Polizisten werden heute schon überprüft und gegebenenfalls sanktioniert. Worin sehen Sie einen möglichen Mehrwert in Form eines Landesantidiskriminierungsgesetzes? Wenn entsprechende Vorwürfe gegen Polizisten erhoben werden, dann kann jede Bürgerin und jeder**

**Bürger niederschwellig zur Überprüfung von Diskriminierungsvorwürfen die Bürgerbeauftragte des Landes BW einschalten. Wieso sehen Sie hier trotzdem einen Handlungsbedarf? Insbesondere in Abgrenzung zur Aufgabenwahrnehmung der Bürgerbeauftragten von BW?**

**Hildenbrand:** Das Amt der Bürgerbeauftragten hat sich aus unserer Sicht bewährt, deshalb wollen wir es stärken und weiterentwickeln – mit mehr Befugnissen, einer besseren Ausstattung und einem neuen Zuständigkeitsbereich. Künftig soll die Bürger- und Polizeibeauftragte auch als Justizvollzugsbeauftragte tätig sein. Die Bürgerbeauftragte ist definitiv eine wichtige Anlaufstelle, aber natürlich überhaupt kein Argument gegen ein Antidiskriminierungsgesetz. Wir brauchen dieses Gesetz, um eine rechtliche Schutzlücke zu schließen und effektiven Schutz vor Diskriminierung zu gewährleisten.

**DP: Viele Polizistinnen und Polizisten empfinden das Vorhaben als Misstrauen gegenüber der Polizei und ihres staatsrechtlichen Handelns. Falls Vorwürfe nach dem Landesantidiskriminierungsgesetz gegen Polizisten erhoben werden, dann bedeutet das de facto einen Karrierestop, da die betroffene Polizistin oder der betroffene Polizist bis Abschluss der Ermittlungen weder befördert noch auf anderen Dienstposten verwendet wird. Wenn sich dann im Nachgang die Vor-**

Im Bundesaktionsplan gegen Rassismus und Diskriminierung sind auf 144 Seiten Positionen und Maßnahmen zum Umgang mit Ideologien der Ungleichwertigkeit und den darauf bezogenen Diskriminierungen beschrieben.



[www.bmi.bund.de](http://www.bmi.bund.de)



**würde als frei erfunden herausstellen, dann stellt sich für die GdP die Frage, wer für den entstandenen zivilrechtlichen Schaden aufkommt und ob vonseiten des Dienstherrn dienstlicher Rechtsschutz gewährt wird.**

**Hildenbrand:** Wenn Vorwürfe von Fehlverhalten im Raum stehen, müssen diese aufgeklärt werden – und zwar schnell. Mit der Einrichtung einer LADG-Ombudsstelle sorgen wir genau dafür. Die Erfahrungen aus Berlin zeigen: Die Polizei wurde keineswegs

mit Beschwerden überzogen und auch die befürchteten Klagewellen sind ausgeblieben. Um es abschließend noch einmal ganz klar zu sagen: Ein Antidiskriminierungsgesetz ist kein Antipolizeigesetz. Es betrifft auch gar nicht primär die Polizei, sondern alle öffentlichen Stellen des Landes. Wir schüren damit kein Misstrauen, sondern wir stärken das Vertrauen in staatliches Handeln und den gegenseitigen Respekt. Und das ist sicher im Interesse aller Beteiligten.

**DP: Vielen Dank für das Interview. ■**

Zu diesem Thema hatte die GdP am 21. April 2021 eine Pressemeldung veröffentlicht.



[www.gdp.de](http://www.gdp.de)

## ENERGIEPREISPAUSCHALE

# Wieder Versorgungsempfänger der Länder vergessen?

Werden die Versorgungsempfänger der Länder und Kommunen Opfer unterschiedlicher Zuständigkeiten? „Deutschland steht zusammen“ – und lässt bestimmte Gruppen in den Ländern im Stich. Oder?

**H. Werner Fischer**

Das Ergebnis des Koalitionsausschusses vom 3. September 2022 für ein Maßnahmenpaket des Bundes zur Sicherung einer bezahlbaren Energieversorgung und zur Stärkung der Einkommen wird von den Seniorinnen und Senioren in der Gewerkschaft der Polizei (GdP) als längst überfällig begrüßt. Die stetig steigenden Lebenshaltungskosten treffen besonders die Seniorinnen und Senioren.

Nachdem bei den beiden letzten Entlastungspaketen der Bundesregierung die Rentnerinnen und Rentner sowie die Ver-

sorgungsempfängerinnen und -empfänger außen vorgelassen wurden, sind diese im jetzigen Entlastungspaket endlich berücksichtigt worden. Zum 1. Dezember 2022 erhalten Rentnerinnen und Rentner eine Energiepreispauschale in Höhe von 300 Euro. Die Energiepreispauschale wird einmalig gezahlt und ist einkommensteuerpflichtig. Der Bund wird eine entsprechende Einmalzahlung auch für die Versorgungsempfängerinnen und -empfänger des Bundes leisten.

In dem Entlastungspaket fehlen jedoch wieder die Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger der Länder und der Kommunen. Sie finden in dem Papier keine Berücksichtigung. Die GdP-Senioren for-

dern die Landesregierungen auf, ihre Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger genauso wie die des Bundes zu behandeln und eine Energiepreispauschale in Höhe von 300 Euro zum 1. Dezember 2022 ausbezahlen. Diese warten auf eine zeitnahe positive Nachricht ihrer Regierungen.

Der DGB Baden-Württemberg hat sich bereits – auch nach Aufforderung des Landes-seniorenvorsitzenden Werner Fischer – an Ministerpräsident Kretschmann gewandt und wird ebenfalls eine öffentliche Forderung bekannt machen. ■

Auf Initiative des Bundes-seniorenvorstands hat die GdP (Bund) bereits reagiert. Auch der DGB (Bund) hat sich gemeldet.



[www.dgb.de](http://www.dgb.de)

**DP – Deutsche Polizei**  
Baden-Württemberg

**Geschäftsstelle**  
Maybachstraße 2, 71735 Eberdingen  
Telefon (07042) 879-0  
Telefax (07042) 879-2 11  
info@gdp-bw.de  
www.gdp-bw.de  
Adress- und Mitgliederverwaltung:  
Zuständig sind die jeweiligen  
Geschäftsstellen der Landesbezirke

**Redaktion**  
Daniel Abel (V.i.S.d.P.)  
Maybachstraße 2  
71735 Eberdingen  
redaktion@gdp-bw.de

**Redaktionsschluss**  
Zuschriften für das Landesjournal Baden-Württemberg können an redaktion@gdp-bw.de gesendet werden. Die Texte bitte unformatiert und Bilder separat im Anhang übersenden. Redaktionsschluss für die November-Ausgabe ist der 3. Oktober 2022, für die Dezember-Ausgabe der 7. November 2022.



**BEZIRKSGRUPPE FREIBURG**

# Einladung zur Jahreshauptversammlung

Die Bezirksgruppe des PP Freiburg lädt ihre Mitglieder zur Jahreshauptversammlung am Donnerstag, dem 20. Oktober 2022, um 17 Uhr ein.

**Roland Nußbaumer**

Tagungsort ist der Festsaal des DGB-Hauses in der Friedrichstraße in Freiburg. Hier will die Bezirksgruppe über die Entwicklungen und den Verlauf der letzten Geschäftsjahre berichten. Unter anderem wird der Landesvorsitzende Gundram Lottmann

einen gewerkschaftlichen Situationsbericht geben und zu aktuellen Themen Stellung beziehen.

Ferner stehen zahlreiche Ehrungen langjähriger Mitglieder an, die noch schriftlich eingeladen werden.

Die Bezirksgruppe freut sich auf ein zahlreiches Erscheinen. Anträge zur Tagesordnung können noch bis zum 10. Oktober 2022 schriftlich beim Vorsitzenden (gdp.freiburg@web.de) eingereicht werden. ■

Anzeige

**SCHWABENLAND TOURISTIK**  
**SCHWABENLAND REISEN**  
**PSW POLIZEISOZIALWERK-REISEN**

*Partner der Gewerkschaft der Polizei in Baden-Württemberg, Saarland und Rheinland-Pfalz*

**Festliche Operngala zur Adventszeit**

**EIN STIMMUNGSVOLLES KONZERTERLEBNIS IM KLOSTER EBERBACH - 3 TAGE BUSREISE VOM 02.-04.12.2022**

Kommen Sie mit uns zu einem besonderen Konzerterlebnis in das wunderschöne Kloster Eberbach, welches im 12. Jahrhundert gegründet wurde und als altherwürdige ehemalige Abtei des Zisterzienserordens seine Besucher immer wieder in Staunen versetzt. Die besondere Stimmung während des Konzertes im Laiendormitorium, wird Sie im Handumdrehen verzaubern und mit Sicherheit auf das Weihnachtsfest einstimmen. Genießen Sie vor dem Konzertbesuch den romantischen Weihnachtsmarkt auf dem Klostergelände. Sie hören ein Konzert mit Arien und Duetten aus großen Welterfolgen der Oper mit bekannten Stücken wie z.B. von Verdi, Puccini und Mozart. Sie erleben eine Stadtführung in Wiesbaden und in Limburg an der Lahn, dort auch mit einer Domführung. Sie haben nach der Stadtführung in Wiesbaden die Möglichkeit den dortigen „Sternschnuppenmarkt“ zu erkunden.

**EINSTIEGMÖGLICHKEITEN ENTLANG DER FAHRTSTRECKE**

**PREIS IM DZ 535€**  
EZ ZUSCHLAG 55€ P.P.

**SELBST FAHREN ZUM HOTEL 475€**  
PREIS IM DZ P.P.

**Leistungsübersicht:**

- Fahrt mit einem modernen Reisebus von und bis Schwäbisch Gmünd
- 2 Übernachtungen im \*\*\*\*Hotel Dorint Pallas Wiesbaden
- 2 x Frühstückbuffet
- 1 x Abendessen im Hotel am Anreisetag
- 1 x Reiseleitung für eine 2-stündige Besichtigung von Wiesbaden
- 1 x Stadtführung in Limburg an der Lahn
- 1 x Führung im Limburger Dom
- 1 x Eintritt zum romantischen Weihnachtsmarkt im Kloster Eberbach
- 1 x Abendessen vor der Operngala direkt in der Gaststätte im Kloster Eberbach
- 1 x Eintrittskarte der Kat. 3 zur festlichen Operngala im Laiendormitorium Kloster Eberbach

**Rufen Sie unsere fachkundigen Mitarbeiter\*innen an 0711 40269900**

Zentrale Terminal 3 - Reisemarkt, 70629 Stuttgart Flughafen  
 info@schwabenlandreisen.de, www.schwabenlandreisen.de



Gewerkschaft  
der Polizei

BB  
Bank  
Better Banking

# Das junge Girokonto<sup>1</sup>

So leicht kann Banking sein.

- ✓ **Kein Kontoführungsentgelt**  
kostenfrei enthalten: girocard  
(Ausgabe einer Debitkarte)<sup>1</sup>
- ✓ **BBBank Banking-App**  
Apple Pay, Multibanking-Funktion,  
Foto-Überweisung und vieles mehr
- ✓ **Weltweit gebührenfrei<sup>2</sup>**  
Geld abheben mit der  
kostenfreien Visa DirectCard<sup>2</sup>  
(Ausgabe einer Debitkarte)

**150,-<sup>Euro</sup>**  
Jubiläumsprämie<sup>3</sup> von  
August bis Oktober



**Jetzt informieren**

in Ihrer Filiale vor Ort,

per Telefon unter 0721 141-0

oder auf [www.bbbank.de/gdp](http://www.bbbank.de/gdp)

<sup>1</sup> Voraussetzungen: BBBank-Junges Konto ohne Echtzeit-Überweisungen, Genossenschaftsanteil von 15,- Euro/Mitglied ab 18 Jahren. Bis zur Vollendung des 27. Lebensjahres. Danach erfolgt die Umwandlung in ein Girokonto mit monatlichem Kontoführungsentgelt i. H. v. 2,95 Euro, girocard (Ausgabe einer Debitkarte) 11,95 Euro p. a. <sup>2</sup> 36 Freiverfügungen am Geldautomaten pro Abrechnungsjahr; jede weitere Verfügung 1,50 Euro. Visa DirectCard (Ausgabe einer Debitkarte) ab 18 Jahren bonitätsabhängig möglich. Bis zur Vollendung des 27. Lebensjahres 0,- Euro p. a., danach 18,- Euro p. a. <sup>3</sup> Voraussetzungen: Die Jubiläumsprämie von 150,- Euro setzt sich aus einem befristeten Jubiläumsbonus von 100,- Euro und einem unbefristeten Startguthaben für GdP-Mitglieder von 50,- Euro zusammen. Voraussetzungen für den Jubiläumsbonus: Eröffnung BBBank-Junges Konto zwischen dem 01.08. und dem 31.10.2022, Neumitglied (keine Mitgliedschaft in den letzten 24 Monaten) ab 18 Jahren bis zur Vollendung des 27. Lebensjahres, Geldeingang von 500,- Euro oder Bezahlung mit einer unserer Karten über die Funktion mobiles bezahlen (Android) bzw. Apple Pay (iOS) innerhalb von 3 Monaten nach Kontoeröffnung.